



**An die Mitglieder des
Ortsverbandes Halle-Neustadt / Nietleben
und Dölau, Heide-Nord, Lettin**

Halle (Saale), 02. Dezember 2022

Sehr geehrte Mitglieder,

herzlich Willkommen zurück zu meinem Newsletter mit dem versprochenen Update im Nachgang zur Plenarsitzung.

1. „Die Menschen im Land sofort verlässlich entlasten – staatliche Preiskontrolle auf den Energiemärkten durchsetzen“

Die einbringende Fraktion DIE LINKE zeigt auf, dass der Bundesregierung trotz der aktuellen schwierigen Situation „nichts Gescheites“ einfällt, um die Bevölkerung nachhaltig zu entlasten. Statt Ursachen und Auswirkungen der Inflation ernsthaft zu bekämpfen, komme sie nur mit „kleinen Pflasterchen“ daher. Die Preise für Strom und Gas sind in der gegenwärtigen Situation zwingend vom Staat zu kontrollieren, wenn es für viele Menschen nicht in einem Desaster enden soll. Es sollten ähnlich wie beim Mietpreisdeckel maximale Steigerungen in Prozent herangezogen werden. Der Staat stehe diesbezüglich gegenüber der Bevölkerung in der Pflicht.

Für die Landesregierung hat Herr Prof. Willingmann eingeführt, dass man nicht alle Maßnahmen gut finden muss. Man muss dennoch anerkennen, dass seit dem Kriegsbeginn einiges passiert sei. Im Ergebnis dieser beschlossenen Maßnahmen werden ab Dezember alle Verbrauchergruppen und ein großer Teil der Wirtschaft entlastet. Herr Minister Prof. Willingmann hat deutlich gemacht, dass er die ergriffenen Maßnahmen der Bundesregierung für ausgesprochen sinnvoll hält.

Die Fraktion der CDU hat ausgeführt, dass es nicht Ziel der Politik sein kann, dass die bevorstehende Weihnachtszeit kalt und teuer anstatt warm und gemütlich wird. Es wurde ausdrücklich kritisiert, dass bisher nichts bei den Menschen vor Ort angekommen sei. Der Ansatz der CDU ist dort, wo Energie erzeugt wird, denn schlussendlich muss die Energieerzeugung günstig sein. Aus diesem Grund ist es auch nicht nachvollziehbar,

weshalb Atomkraftwerke vom Netz genommen werden sollen. Es muss all das, was wir haben, ans Netz, sodass sich der Markt beruhigen kann.

2. „Verstöße und Widerstand gegen die Corona-Maßnahmen jetzt amnestieren“

Die antragstellende Fraktion der AfD fordert die Einstellung aller noch laufenden Verfahren wegen Verstößen gegen die Corona-Eindämmungsverordnungen. Aus Sicht der Fraktion der AfD waren nicht die Verstöße gegen die Verordnungen das eigentliche Unrecht, sondern die Verordnungen selbst. Es müsse ein Nachwirkungsverbot her, sodass nach Aufhebung einer Vorschrift niemand mehr für Verstöße dagegen belangt werden könne. Im Übrigen hat die Fraktion der AfD bspw. den Rückgang der Geburtenraten und steigende Krebsfälle mit der Impfung in Verbindung gebracht.

Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Weidinger bestätigt, dass auch neben dem medizinischen Personal die Gesetz- und Verordnungsgeber in Unkenntnis vieler heute geklärter medizinischer Einzelfragen zahlreiche Regelungen getroffen werden, die Zumutungen und Freiheitsbeschränkungen für die Gesellschaft mit sich brachten. Auch musste ein kleiner Teil bußgeldbewehrt und Zuwiderhandlungen sanktioniert werden. Dass die verhängten Sanktionen nun im Wege einer Amnestie nicht mehr durchgesetzt werden sollen, lehnte Frau Ministerin Weidinger ab. Das wäre für diejenigen, die sich stets an die Regelungen gehalten haben, ein völlig falsches Signal. Daran ändere sich auch nichts, dass sich einige Maßnahmen mit fortgeschrittenem Wissen als nicht geeignet oder nicht erforderlich herausgestellt haben.

Im Rahmen des Abstimmungsverfahrens wurde der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

3. „Ausgleich von Mehrarbeit: Einführung eines freiwilligen und flexiblen Arbeitszeitkontos für Lehrkräfte“

Die Koalitionsfraktionen der CDU, SPD und FDP setzen mit dem vorliegenden Antrag einen weiteren Punkt aus dem Koalitionsvertrag um. Ziel ist, flexiblere Lösungen zur Arbeitszeit von Lehrkräften an den Schulen zu finden. Unter anderem soll die Möglichkeit geschaffen werden, geleistete Mehrarbeit über einen längeren Zeitraum hinweg anzusparen. Man ist sich jedoch dessen bewusst, dass dieses Arbeitszeitkonto nur ein Schritt sein kann, um freiwillig Mehrarbeit aufzubauen.

Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Feußner ausgeführt, dass bereits in den vergangenen Jahren Regelungen geschaffen wurden, welche einen Anreiz zur Mehrarbeit setzen und somit zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung führen sollten. Frau Ministerin Feußner ist zuversichtlich, dass die erforderlichen Anpassungen, insbesondere die Arbeitszeitverordnung für Lehrkräfte, noch in diesem Jahr im Anhörungsverfahren den Verbänden vorgelegt werden und Anfang des nächsten Jahres umgesetzt werden können.

Die Fraktion der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat zum Ausdruck gebracht, dass der Antrag längst überfällig sei. Mit den Arbeitszeitkonten wird den Lehrkräften die Möglichkeit gegeben, ganz flexibel Überstunden anzusparen, abzubummeln oder sich diese auszahlen zu lassen. Die Einführung dieser Arbeitszeitkonten sei der erste richtige und „wirklich wirksame“ Schritt der Koalitionsfraktionen im Kampf gegen den Lehrkräftemangel.

Im Rahmen des Abstimmungsverfahrens wurde der Antrag mehrheitlich angenommen.

4. „Bildung in Sachsen-Anhalt: Queer und bunt! Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt an unseren Schulen stärken!“

Antragsteller ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gefordert wird eine frühzeitige Prävention, um queerfeindliche Vorfälle zu verhindern. Geschehen soll das bereits in der Schule, da Schulen ein wichtiger Lebens- und Erfahrungsort sind. Gefordert wird unter anderem, dass Themen der geschlechtlichen und sexuellen Vielfalt verpflichtend in der Lehramtsausbildung und -weiterbildung vermittelt werden. Außerdem sollen Maßnahmen geschaffen werden, welche für mehr Sicherheit und Schutz vor Gewalt sorgen. Hierfür sind mobile Beratungsangebote notwendig. Im Übrigen solle das Bildungsministerium Vorfälle von Diskriminierung, Gewalt und Mobbing differenziert nach Kriterien wie Rassismus, Sexismus, Queerfeindlichkeit oder Ableismus aufnehmen und statistisch erfassen.

Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Feußner ihre Enttäuschung über den Antrag zum Ausdruck gebracht. Zum einen lasse er die Antwort auf die Kleine Anfrage mit dem Titel „Queerfeindlichkeit an Schulen in Sachsen-Anhalt“ vollkommen außer Acht, zum anderen werden die Entwicklungen der letzten Jahre durch eine ausschließlich defizitorientierte Formulierung negiert. Zudem wurden Behauptungen aufgestellt, welche in keiner Wiese belegt sind. Bereits vor Jahren wurde mit dem Aktionsprogramm LSBTII ein klares Zeichen für Wertschätzung und Akzeptanz von queeren Menschen gesetzt. All das hatte beim Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN keinen Einfluss. Abschließend hat Frau Ministerin Feußner noch einmal auf den Lehrermangel hingewiesen. Auch, wenn die Schulen heutzutage alles leisten sollen, ist dies schlichtweg nicht möglich.

Die Fraktion der SPD hat zum Antrag ausgeführt, dass eine neue Beratungsstelle nicht notwendig sei, dass an den Schulen schon sehr viel passiert und das Bildungsministerium auf einem guten Weg ist. Dennoch wurde auch bestätigt, dass an den Schulen noch nicht alles so läuft, wie es laufen sollte. Alles, was sich in der Gesellschaft verändert, findet auch in der Schule statt. Und oft sind es eher die Erwachsenen, denen Veränderungen schwerer fallen als den Kindern.

Im Rahmen des Abstimmungsverfahrens wurde der Antrag in den Bildungsausschuss überwiesen.

5. „Rettungsschirm für die Krankenhäuser in Sachsen-Anhalt – Daseinsvorsorge im Land absichern!“

Die antragstellende Fraktion DIE LINKE hat davor gewarnt, dass unser Gesundheitssystem aktuell auf eine Katastrophe zusteuert, wenn nicht schnellstens etwas passiert. Im laufenden Jahr schreiben wohl 60 % der Krankenhäuser rote Zahlen, im Jahr 2023 werden es 80 % sein. Den ersten Kliniken drohe ab Januar die Insolvenz. Ursache hierfür sind bspw. die Energiekrise und die enorme Inflation. Die zugesagten Mittel des Bundes werden nicht ausreichen, um hier den Krankenhäusern nachhaltig zu helfen, daher ist der Rettungsschirm des Landes zwingend erforderlich.

Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Grimm-Benne zugestimmt, dass sich die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser besorgniserregend verschärft habe. Es wurden bereits Entlastungen beschlossen und die Krankenhäuser bekommen wie alle Unternehmen der kritischen Infrastruktur einen Vollausgleich. Der erste Abschlag soll bereits im Dezember 2022 gezahlt werden. Geregelt werden muss nur noch, wer diese Gelder ausreicht. Es wird geschaut, welche Finanzlücken danach noch bestehen, welche dann gegebenenfalls vom Land geschlossen werden.

Die Fraktion der FDP vertritt die Meinung, dass man es sich mit einem Antrag, in welchem ein Rettungsschirm gefordert wird, etwas einfach macht. Es müsse geholfen werden, wenn es notwendig ist. Aber nicht auf der Grundlage einer Neuverschuldung, sondern aus dem Kernhaushalt. Die Mittel für die Krankenhäuser wurden im Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2023 bereits erhöht. Im Übrigen setze sich die Fraktion der FDP auch dafür ein, dass die Isolationsregeln für Coronapatienten entfallen. Dadurch würden enorme Kosten eingespart und die Krankenhäuser ebenfalls unterstützt werden.

Im Rahmen des Abstimmungsverfahrens wurde der Antrag federführend in den Sozialausschuss überwiesen.

Die letzte Plenarsitzung für dieses Jahr findet vom 13.12.2022 bis 15.12.2022 statt. Ich melde mich, wie gewohnt, vorab bei Ihnen. Bis dahin!

Herzliche Grüße, Ihr

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'C. Albrecht', written over a horizontal line.

Christian Albrecht MdL

Vorsitzender des Ortsverbandes Halle-Neustadt / Nietleben